

Ergebnisprotokoll

über die 30. Sitzung des Haupt- und Planungsausschusses
(VIII. Wahlperiode)
am 25. September 2015

Tagungsort: Sitzungssaal 8 A/B UG beim Regionalverband FrankfurtRheinMain,
Poststraße 16 in Frankfurt am Main

Beginn: 10:00 Uhr **Ende:** 10:33 Uhr

Teilnehmer: Herr Hubert Gerhards,
stellv. Vorsitzender des Haupt- und Planungsausschusses

Herr Arnold	Herr Göllner i.V.	Herr Lorenz	Herr Schwarz
Herr Banzer i.V.	Herr Götz	Frau Möricke	Herr Sommer
Herr Berg	Herr Heuser	Herr Old	Frau Weyrauch
Herr Buschmann	Herr Horn	Frau Dr. Reinhardt	Herr Winckler
Herr Fey	Herr Kasseckert	Herr Röttger i.V.	
Herr Flößer-Zilz	Herr Krätschmer	Herr Röhrig	
Herr Gerfelder i.V.	Herr Kündiger i.V.	Herr Schmidt	

Fraktionsvorsitzende: Frau Rinn i.V. Herr Schindler

Mitglieder des Präsidiums: Herr Dr. Gehrke Herr Herkströter

Fraktionsgeschäftsführer/in: Frau Suffert

Obere Landesplanungsbehörde: Herr Regierungsvizepräsident Dr. Böhmer
Herr Dr. Beck Frau Güss
Herr Krämer Herr Huber-Braun

Regionalverband FrankfurtRheinMain: Herr Stüve Herr Dr. Bauer

Schriftführerin: Frau Hermansdorfer

Tagesordnung:

1. Planfeststellungsverfahren zur Zulassung eines Rahmenbetriebsplans für die geplante Erweiterung des Basalttagebaus „Rinderbügen“ (Büdingen-Rinderbügen) der Firma Vogelsberger-Hartstein-Industrie GmbH & Co.KG
hier: Beteiligung der Regionalversammlung - **Drs. Nr. VIII / 75.2 (liegt bereits vor)**
2. Beschlussfassung über die Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien
hier: Behandlung der Stellungnahmen aus der ersten Beteiligung zu den Themen
Solarenergie, Geothermie, Wasserkraft - **Drs. Nr. VIII / 14.19 (liegt bereits vor)**
3. Beschlussfassung über die Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien
hier: Behandlung der Stellungnahmen aus der ersten Beteiligung zum Thema Biomasse -
Drs. Nr. VIII / 14.20 (liegt bereits vor)
4. Abweichung von den regionalplanerischen Festlegungen des Regionalplans
Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplans 2010 (RPS/RegFNP) zwecks Darstellung
und Festsetzung zweier Wohngebietsflächen in der nördlichen Gemarkung der Kernstadt
Steinau an der Straße - **Drs. Nr. VIII / 98.1 (liegt bereits vor)**
5. Beschlussfassung über die Zustimmung zur Durchführung des Planänderungsverfahrens
nach Baugesetzbuch (BauGB) für die Stadt Neu Anspach, Stadtteil Hausen-Arnzbach -
Drs. Nr. VIII / 124.0
6. Beschlussfassung über die Zustimmung zur Durchführung des Planänderungsverfahrens
nach Baugesetzbuch (BauGB) für die Stadt Usingen, Stadtteil Merzhausen - **Drs. Nr. VIII /
125.0**
7. Mitteilungen und Anfragen

Der stellvertretende Vorsitzende des Haupt- und Planungsausschusses, **Herr Gerhards**, begrüßte die Ausschussmitglieder, Herrn Regierungsvizepräsidenten Dr. Böhmer und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der oberen Landesplanungsbehörde. Er stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgerecht erfolgt ist. Einwände gegen die Tagesordnung wurden nicht erhoben.

Zu TOP 1: Planfeststellungsverfahren zur Zulassung eines Rahmenbetriebsplans für die geplante Erweiterung des Basalttagebaus „Rinderbügen“ (Büdingen-Rinderbügen) der Firma Vogelsberger-Hartstein-Industrie GmbH & Co.KG
hier: Beteiligung der Regionalversammlung - **Drs. Nr. VIII / 75.2
(liegt bereits vor)**

Herr Gerhards verwies auf den zu Sitzungsbeginn als Tischvorlage ausgeteilten Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN vom 25. September 2015 (Drs. Nr. VIII / 75.3). Dieser war in der Sitzung des Ausschusses Natur, Landwirtschaft und Forsten mehrheitlich angenommen worden. Da keine Wortmeldungen vorlagen, ließ Herr Gerhards über die **Drs. Nr. VIII / 75.3** abstimmen.

Beschluss: Der Haupt- und Planungsausschuss stimmt der **Drs. Nr. VIII / 75.3** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der CDU- und der FDP-Fraktion, mehrheitlich zu.

Die Drs. Nr. VIII / 75.2 ist damit entsprechend geändert.

Zu TOP 2: Beschlussfassung über die Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien hier: Behandlung der Stellungnahmen aus der ersten Beteiligung zu den Themen Solarenergie, Geothermie, Wasserkraft - **Drs. Nr. VIII / 14.19**
(liegt bereits vor)

Herr Gerhards wies darauf hin, dass zu dieser Vorlage ein aktuelles Papier mit den Abstimmungsergebnissen des Ausschusses für Umwelt, Energie und Klima vorliege und die Vorlage nun in der dort beschlossenen Form behandelt werde. Da keine Wortmeldungen vorgebracht wurden, ließ Herr Gerhards über die **Drs. Nr. VIII / 14.19** abstimmen.

Beschluss: Der Haupt- und Planungsausschuss stimmt der **Drs. Nr. VIII / 14.19** in der vom Ausschuss für Umwelt, Energie und Klima beschlossenen Fassung einstimmig zu.

zu TOP 3: Beschlussfassung über die Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien hier: Behandlung der Stellungnahmen aus der ersten Beteiligung zum Thema Biomasse - **Drs. Nr. VIII / 14.20** **(liegt bereits vor)**

Herr Gerhards informierte, dass der Vorlage in der vergangenen Sitzung des Ausschusses für Natur, Landwirtschaft und Forsten zugestimmt wurde. Da keine Wortmeldungen vorgebracht wurden, ließ Herr Gerhards über die **Drs. Nr. VIII / 14.20** abstimmen.

Beschluss: Der Haupt- und Planungsausschuss stimmt der **Drs. Nr. VIII / 14.20** einstimmig zu.

Zu TOP 4: Abweichung von den regionalplanerischen Festlegungen des Regionalplans Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplans 2010 (RPS/RegFNP) zwecks Darstellung und Festsetzung zweier Wohngebietsflächen in der nördlichen Gemarkung der Kernstadt Steinau an der Straße - **Drs. Nr. VIII / 98.1** **(liegt bereits vor)**

Herr Gerhards wies auf den von den Fraktionen SPD, CDU und DIE GRÜNEN vorgelegten gemeinsamen Änderungsantrag hin.

Herr Schindler (SPD) betonte, dass mit dem gemeinsamen Änderungsantrag eine Kompromisslösung eingebracht worden sei. Mit dieser wolle man der Stadt Steinau an der Straße signalisieren, dass man zur Lösung des Problems bereit sei, gleichzeitig aber auch deutlich machen, dass eine Diskussion in der RVS bereits viel früher hätte angeregt werden müssen. Das Regierungspräsidium möge bei den unteren Bauaufsichtsbehörden anregen, dass im Zweifel die RVS zu beteiligen sei.

Da keine Wortmeldungen vorgebracht wurden, ließ Herr Gerhards über den gemeinsamen Änderungsantrag zu **Drs. Nr. VIII / 98.1** abstimmen.

Beschluss: Der Haupt- und Planungsausschuss stimmt dem gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU und DIE GRÜNEN zu Drs. Nr. VIII / 98.1 einstimmig zu.

Zu TOP 5: Beschlussfassung über die Zustimmung zur Durchführung des Planänderungsverfahrens nach Baugesetzbuch (BauGB) für die Stadt Neu Anspach, Stadtteil Hausen-Arnsbach - **Drs. Nr. VIII / 124.0**

Frau Dr. Reinhardt (DIE GRÜNEN) erkundigte sich, wie viele Wohneinheiten in den betrachteten Gebieten realisiert werden sollten. Hierzu gebe es klare Vorgaben, die einzuhalten seien. Nach Einholen der relevanten Information berichtete **Herr Dr. Bauer**, dass im Bereich Westerfeld West in den bereits realisierten Bauabschnitten 1 und 2 ein Dichtewert von 1,5 erreicht wurde. Im Bereich Am Tripp/Hausen seien 25 Wohneinheiten pro Hektar geplant. Damit würden die Dichtevorgaben erreicht. **Frau Dr. Reinhardt** regte an, künftig die für ihre Fraktion wichtigen Dichtewerte als relevante Information mit in die Vorlagen aufzunehmen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, ließ Herr Gerhards über die **Drs. Nr. VIII / 124.0** abstimmen.

Beschluss: Der Haupt- und Planungsausschuss stimmt der **Drs. Nr. VIII / 124.0** einstimmig zu.

Zu TOP 6: Beschlussfassung über die Zustimmung zur Durchführung des Planänderungsverfahrens nach Baugesetzbuch (BauGB) für die Stadt Usingen, Stadtteil Merzhausen - **Drs. Nr. VIII / 125.0**

Da keine Wortmeldungen vorlagen, ließ Herr Gerhards über die **Drs. Nr. VIII / 125.0** abstimmen.

Beschluss: Der Haupt- und Planungsausschuss stimmt der **Drs. Nr. VIII / 125.0** einstimmig zu.

zu TOP 7: Mitteilungen und Anfragen

Herr Dr. Böhmer berichtete, dass der VGH im Verwaltungsstreitverfahren Segmüller ./ Stadt Bad Vilbel entschieden habe, die Klage gegen die Abweichungsentscheidung als unzulässig abzuweisen. Hauptargument war, dass sich die Abweichungsentscheidung auf den alten Regionalplan bezog, ein Antrag für eine Abweichung vom aktuellen Regionalplan jedoch nicht gestellt wurde.

Ebenso wurde der Normenkontrollantrag gegen das Regionale Einzelhandelskonzept abgelehnt, da die Regelungen des Regionalplans als rechtmäßig angesehen wurden.

Die Revision gegen beide Urteile wurde nicht zugelassen.

Hinsichtlich des Raumordnungsverfahrens für den Ausbau der ICE-Schienenstrecke Hanau-Würzburg/Fulda teilte Herr Dr. Böhmer mit, dass die DB Netz AG eine neue Schienenstrecke im Suchraum nordöstlich von Gelnhausen plane. Hierfür seien Raumordnungsverfahren durchzuführen. Unter Federführung des Regierungspräsidiums Darmstadt wurde am 22. Januar 2015 eine öffentliche Antragskonferenz durchgeführt. Im August haben die

Regierungspräsidien Darmstadt und Kassel sowie die Regierung von Unterfranken den Untersuchungsrahmen für die Raumordnungsverfahren festgelegt. Das Unterrichtungsschreiben sei auf der Website des RP Darmstadt eingestellt. Die Beantragung des Raumordnungsverfahren ist für Ende 2016 / Anfang 2017 vorgesehen.

Herr Krätschmer (SPD) bezog sich auf das BImSchG-Verfahren „Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) in Flörsbachtal/Jossgrund“. Antragsteller ist die juwi (Kreiswerke Main Kinzig und Energieversorgung Offenbach). Es sei seitens der ONB signalisiert worden, dass in diesem Verfahren mit einer negativen Stellungnahme zu rechnen sei. Als Begründung sei die Unzerschnittenheit des Raumes angeführt und die Vorlage entsprechender Gutachten gefordert worden.

Die Kommunalparlamente von Flörsbachtal und Jossgrund hatten der Errichtung der WEA bereits zugestimmt. Es stoße nun auf Unverständnis, wieso – gerade im Hinblick auf die Erreichung des 2%-Ziels – bei der Bewertung des Sachverhalts Kriterien angesetzt würden, die auf Regionalplanebene nicht beschlossen worden waren. Herr Krätschmer bezeichnete das Vorgehen des RP als Verzögerung des Verfahrens, in dem bewusst Auflagen gemacht würden, die nicht erfüllt werden können. Außerdem sei unklar, was „Unzerschnittenheit des Raumes“ bedeute und auf welcher Rechtsgrundlage dieses Kriterium fuße. Darüber hinaus sei beim Scoping-Termin der Untersuchungsrahmen verbindlich vorgegeben worden. Dass nun plötzlich Nachforderungen gestellt würden, sei nicht nachvollziehbar. Er bat das RP um Erläuterung. **Herr Schindler (SPD)** ergänzte, dass die Unzerschnittenheit des Raums kein Kriterium im Rahmen der Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien (TPEE) gewesen ist. Falls nun zusätzliche Hindernisse erzeugt würden, um der Realisierung von WEA-Bauvorhaben entgegenzuwirken, sei dies ein Schritt in die falsche Richtung.

Herr Dr. Böhmer betonte, dass es sich hierbei um ein BImSchG-Verfahren handle und der Sachverhalt sich nicht auf Regionalplanebene bewege. Bis zur RVS am 2. Oktober werde aber der Sachstand geklärt. **Herr Dr. Beck** ergänzte, dass im BImSchG-Verfahren eine vertiefte Prüfung stattfinde.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, beendete **Herr Gerhards** um 10:33 Uhr die Sitzung.

Stellv. Vorsitzender des HPA

Schriftführerin



Hubert Gerhards

gez. Esther Hermansdorfer